

## Schleswig-Holstein / Hamburg

## Nachrichten

## Probelauf für interreligiösen Unterricht

**HAMBURG** An zwei Hamburger Schulen wird vom kommenden Schuljahr an Religionsunterricht in gemeinsamer Trägerschaft der christlichen, islamischen und jüdischen Gemeinschaften erprobt werden. Das beschloss am Montag eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der Schulbehörde und der Religionen. Um welche Schulen es sich handelt, wollte der Sprecher der Schulbehörde, Peter Albrecht, gestern nicht sagen. Voraussetzung sei aber, dass regulär ausgebildete Pädagogen mit der erforderlichen islamischen oder alevitischen Lehrbefähigung vorhanden seien und dass die Schülerschaft einen vergleichsweise hohen Anteil an Kindern mit islamischem Hintergrund habe. Unterrichtet werden sollen die fünften und sechsten Klassen. Der Versuch ist auf fünf Jahre angelegt. Bislang lag die Verantwortung für den Religionsunterricht bei der evangelischen Kirche. Vor einem Jahr hatte die Bürgerschaft eine Vereinbarung mit den islamischen und alevitischen Gemeinschaften beschlossen, die die Neuerung vorsieht. Albrecht versicherte, dass der Probelauf mit den Leitungen der beiden ausgewählten Schulen abgesprochen sei. Die Schulkonferenzen seien jedoch nicht einbezogen worden, weil diese keine pädagogischen Fragen entscheiden könnten. *lno*

## Startschuss für Karl-May-Spiele

**BAD SEGEBERG** Aufgalopp bei den Karl-May-Spielen in Bad Segeberg: Am Freitag, läuft um 20 Uhr die öffentliche Generalprobe der neuen Inszenierung „Unter Geiern – Der Geist des Llano Estacado“. Eintrittskarten ins Freilichttheater am Kalkberg gibt es zu stark ermäßigten Preisen: 11 Euro für Erwachsene und 9 Euro für Kinder, und nur an diesem Tage bei freier Platzwahl. Die Tageskasse ist ab 10 Uhr geöffnet, Einlass ist um 19 Uhr. Die Premiere für „Unter Geiern“ findet am Sonnabend statt. Um 20.30 Uhr fällt der erste Schuss, mit dem am Fuße des Kalkbergs die neue Saison eröffnet wird. Karten zu allen Vorstellungen bis zum 7. September gibt es in allen Geschäftsstellen des shz oder telefonisch unter der Hotline 01805/95 21 11. *ca*

## Flüchtlinge dringen auf Arbeitserlaubnis

**HAMBURG** Die in Hamburg gestrandeten Lampedusa-Flüchtlinge dringen auf eine Arbeitserlaubnis in der Hansestadt. „Wir sind Facharbeiter und haben Kenntnisse und Fähigkeiten, die hier gebraucht werden“, sagte ein gelernter Schweißer gestern. Angesichts des Fachkräftemangels gebe es Arbeitgeber, die die Afrikaner brauchen könnten, hieß es bei der Unterstützungsgruppe: „Die Arbeit ist da, es fehlt aber die Arbeitserlaubnis.“ Die Flüchtlinge appellierten an den Hamburger Senat, mit ihnen über eine Lösung zu reden. Eine Arbeitserlaubnis sei die Grundlage, um sich eine eigenständige Existenz aufbauen zu können. *lno*

**KIEL** Die Kritik an der geplanten Reform der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein reißt nicht ab. Einen Tag vor der heute beginnenden Verbände-Anhörung im Bildungsausschuss des Landtags legte die Opposition gestern nach. Die Einsicht in Akten der Landesregierung habe die schlimmsten Befürchtungen über den „Pfuscher im Gesetzesverfahren übertröffen“, urteilte der CDU-Bildungspolitiker Daniel Günther. Die Novelle sei „mit heißester Nadel gestrickt“ und „durchs Kabinett gepaukt worden“, assistierte FDP-Frakti-

onsvize Christopher Vogt. Umstritten in dem Gesetzentwurf ist neben der Ausweitung der Ausbildung von Oberstufen-Lehrern an der Uni Flensburg vor allem die Finanzierung der Reform. Wie die Opposition hat auch der Landesrechnungshof Zweifel, dass die von der Koalition genannten Kosten von 1,57 Millionen für Investitionen und von 1,2 Millionen Euro für den laufenden Betrieb ausreichen. Solche Zweifel hatte offenbar auch Finanzministerin Monika Heinold. „Ich werde immer unsicherer, wie belast-

bar die Zahlen wirklich sind“, schrieb die Grüne per E-Mail am 9. Mai um 21.38 Uhr an Wissenschafts-Staatssekretär Rolf Fischer. Zuvor hatte ein Mitarbeiter Heinolds intern darauf hingewiesen, dass dem Finanzressort zur Kabinettsvorlage „keine Hintergrundinformationen zu dem Raumbedarf und den technischen Anforderungen der Labore“ (in Flensburg, Anmerkung der Red.) vorgelegen habe. Und schon am 2. Mai hielt der Mitarbeiter in einem Vermerk fest: „Im Ergebnis scheinen die mit 1,2 Millionen Euro geschätz-

ten Umbaukosten derzeit sehr knapp kalkuliert.“ Im Übrigen seien Fachleute des Gebäudemanagements bei der Ermittlung der in der Kabinettsvorlage genannten Kosten nicht beteiligt worden.

**Entscheidung „zwischen Tür und Angel“**

Dennoch hatte Heinold die Vorlage am 28. März im Kabinett mit durchgewinkt. Der Beschluss dazu erging binnen 24 Stunden und in einem schriftlichen Umlaufverfahren – „zwischen Tür und Angel“, wie die Finanzministerin Mitar-

beitern zwei Tage vor der Abzeichnung der Vorlage avisierter. Zu diesem Zeitpunkt war eine Änderungsfassung des Regierungsentwurfs auf Drängen von Ministerpräsident Torsten Albig bereits erneut verändert worden. Albig hatte durchgedrückt, auch die naturwissenschaftlichen Fächer auf Oberstufen-Niveau in Flensburg aufzubauen. Die Koalitionsfraktionen hatten diese Version jedoch nach Protesten der Uni Kiel wieder einkassiert. „Fahrlässig“ nennt Vogt das Verhalten des Finanzressorts.

Heinold habe dem Gesetzentwurf „quasi ungeprüft ihren Segen gegeben.“ Eine „seriöse Prüfung“ des Gesetzentwurfs bei der Mitzeichnung des Gesetzentwurfs habe im Kabinett nicht stattgefunden, sagte Günther. Verantwortung für das „Desaster“ bei der Reform der Lehrerbildung trügen damit auch die Finanzministerin und die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und SSW. Die hatten Günther zufolge am 16. April einen Katalog mit 19 Fragen an das Wissenschaftsressort übermittelt. Eine Antwort gebe es nach Ak-

tenlage bis heute nicht. Der SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat gab sich im Vorfeld der Anhörung im Bildungsausschuss selbstkritisch. Die Diskussion um die Reform der Lehrerbildung seien „mehrfach durch neue Eckwerte und Vereinbarungen mit den Hochschulen unnötig belastet worden“, sagte Habersaat. Konstruktive Anregungen werde die Koalition in die Gesetzesvorlage einfließen lassen. Die soll in der am 9. Juli beginnenden Sitzung des Landtags verabschiedet werden. *höv*



## Kontrastprogramm zum Trubel der Kieler Woche

**KIEL** Stumm und eindringlich blicken sie einen an. Die 70 Passagiere an Bord der MS Anton lassen Passanten an der Kieler Hörn verwundert innehalten. Schaut man in die Gesichter der Skulpturen des dänischen Künstlers Jens Galschiot, kann man Armut, traumatische Erlebnisse und die stille Hoffnung, aufgenommen zu werden, zumindest erahnen. Mit der Kunstaktion auf dem früheren Fischkutter hat Kapitän Knut Andersen für die Nichtregierungsorganisation „Danish Society for a Living Sea“ schon in vielen Häfen festgemacht. Im Trubel der Kieler Woche ist sie ein starker Kontrast und weist auf die weltweit 45 Millionen Flüchtlinge hin. Der Kutter steht dabei auch für das Problem, dass europäische Fischer den Einheimischen die Fanggründe streitig machen und so den Hunger in Entwicklungsländern verschärfen. *nch*

## Die erste Krebszelle lebte vor 560 Millionen Jahren

Es war ein Süßwasserpolyt / Kieler Forscher beweisen, dass Tumore schon lange zum Leben dazugehören

**KIEL** Der Süßwasserpolyt Hydra oligactis ist stammesgeschichtlich uralt: Vor 560 Millionen Jahren entstand das kleine Nesseltier als eines der ersten Organismen mit einem Nervensystem. Jetzt haben Kieler Forscher bewiesen: Schon Hydra litt an Krebs. „Tumore haben tiefe Wurzeln in der Evolution“, sagt Prof. Thomas Bosch vom Zoologischen Institut der Universität Kiel. „Die Krebsgene sind ein Erbe des ersten vielzelligen Lebens.“

Das Fazit der siebenköpfigen Forschergruppe, deren Studie im Fachjournal „Nature Communications“ veröffentlicht worden ist, klingt daher ernüchternd: Die Evolution hat schon früh Tumore hervorgebracht. Die fatale Eigenschaft von Zellen, Fehler zu machen, gehört zum Leben dazu.

Zwei Hydra-Arten, die auch heute noch in Bächen und Seen leben, dienten den Forschern als Versuchstiere. Das Genom des Süßwasserpolyten ist bereits 2009 vollständig entschlüsselt worden. Er besitzt wie die Wir-

beltiere rund 20000 Gene, und wird daher in vielen biologischen Instituten als Modellorganismus für die Entwicklung höherer Gewebetiere gesehen.

Betroffen von der Erkrankung, die dem Eierstockkrebs beim Menschen ähnelt, waren nur weibliche Tiere. Die Ursache sind Stammzellen, die eigentlich das Geschlecht ausbilden sollten, sich aber massenhaft anhäufen. Zu diesem Zeitpunkt hätten sie den programmierten Zelltod sterben müssen, doch das blieb aus. „Bei der molekularen Analyse stießen wir im

Tumorgewebe auf ein Gen, das den programmierten Zelltod verhindert“, sagt Alexander Klimovich, Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und Koautor der Studie. „Wie bei vielen Krebsarten des Menschen, ist eine nicht funktionierende Zelltod-Maschinerie für Wachstum und Ausbreitung verantwortlich.“

In einen gesunden Süßwasserpolyten eingebracht, lösten die Tumorzellen dort ebenfalls Krebs aus. Prof. Bosch: „Damit haben wir gezeigt, dass auch die invasive Eigenschaft von Krebszellen

stammesgeschichtlich sehr alt ist.“ Die Grundlagenforschung der Gruppe sei ein Meilenstein auf dem Weg, den Ursprung der Erkrankung zu verstehen. Die Forscher wollen jetzt wissen, mit welchem Schlüssel die Tumorzellen es schaffen, in gesundes Gewebe einzudringen und inwieweit dieses selbst daran beteiligt ist. Es könnte die Chance für eine effiziente Krebsmedizin sein. Da die Zahl der Krebserkrankungen beständig steigt, arbeiten die Kieler auch an der Frage: Wie redet die Umwelt mit der Erbinformation, aufgrund welcher Einflüsse ändern Zellen ihr Verhalten?

Wenig Chancen sieht Prof. Bosch, den vom Tumor unterdrückten programmierten Zelltod wieder zu reaktivieren, sozusagen die Heilkräfte des Körpers die Arbeit machen zu lassen. „Ich sehe darin keine direkte Therapie in der nahen Zukunft.“



Krebs ist ein Erbe der Evolution, sagt Zoologe Thomas Bosch. DPA

**Eckard Gehm** ist Reporter in unserer Schleswig-Holstein-Redaktion [GE@SHZ.DE](mailto:GE@SHZ.DE)

## Lehrerbildungsgesetz: Opposition wirft Regierung Pusch vor

**KIEL** Die Kritik an der geplanten Reform der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein reißt nicht ab. Einen Tag vor der heute beginnenden Verbände-Anhörung im Bildungsausschuss des Landtags legte die Opposition gestern nach. Die Einsicht in Akten der Landesregierung habe die schlimmsten Befürchtungen über den „Pfuscher im Gesetzesverfahren übertröffen“, urteilte der CDU-Bildungspolitiker Daniel Günther. Die Novelle sei „mit heißester Nadel gestrickt“ und „durchs Kabinett gepaukt worden“, assistierte FDP-Frakti-

onsvize Christopher Vogt. Umstritten in dem Gesetzentwurf ist neben der Ausweitung der Ausbildung von Oberstufen-Lehrern an der Uni Flensburg vor allem die Finanzierung der Reform. Wie die Opposition hat auch der Landesrechnungshof Zweifel, dass die von der Koalition genannten Kosten von 1,57 Millionen für Investitionen und von 1,2 Millionen Euro für den laufenden Betrieb ausreichen. Solche Zweifel hatte offenbar auch Finanzministerin Monika Heinold. „Ich werde immer unsicherer, wie belast-

bar die Zahlen wirklich sind“, schrieb die Grüne per E-Mail am 9. Mai um 21.38 Uhr an Wissenschafts-Staatssekretär Rolf Fischer. Zuvor hatte ein Mitarbeiter Heinolds intern darauf hingewiesen, dass dem Finanzressort zur Kabinettsvorlage „keine Hintergrundinformationen zu dem Raumbedarf und den technischen Anforderungen der Labore“ (in Flensburg, Anmerkung der Red.) vorgelegen habe. Und schon am 2. Mai hielt der Mitarbeiter in einem Vermerk fest: „Im Ergebnis scheinen die mit 1,2 Millionen Euro geschätz-

ten Umbaukosten derzeit sehr knapp kalkuliert.“ Im Übrigen seien Fachleute des Gebäudemanagements bei der Ermittlung der in der Kabinettsvorlage genannten Kosten nicht beteiligt worden.

**Entscheidung „zwischen Tür und Angel“**

Dennoch hatte Heinold die Vorlage am 28. März im Kabinett mit durchgewinkt. Der Beschluss dazu erging binnen 24 Stunden und in einem schriftlichen Umlaufverfahren – „zwischen Tür und Angel“, wie die Finanzministerin Mitar-

beitern zwei Tage vor der Abzeichnung der Vorlage avisierter. Zu diesem Zeitpunkt war eine Änderungsfassung des Regierungsentwurfs auf Drängen von Ministerpräsident Torsten Albig bereits erneut verändert worden. Albig hatte durchgedrückt, auch die naturwissenschaftlichen Fächer auf Oberstufen-Niveau in Flensburg aufzubauen. Die Koalitionsfraktionen hatten diese Version jedoch nach Protesten der Uni Kiel wieder einkassiert. „Fahrlässig“ nennt Vogt das Verhalten des Finanzressorts.

Heinold habe dem Gesetzentwurf „quasi ungeprüft ihren Segen gegeben.“ Eine „seriöse Prüfung“ des Gesetzentwurfs bei der Mitzeichnung des Gesetzentwurfs habe im Kabinett nicht stattgefunden, sagte Günther. Verantwortung für das „Desaster“ bei der Reform der Lehrerbildung trügen damit auch die Finanzministerin und die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und SSW. Die hatten Günther zufolge am 16. April einen Katalog mit 19 Fragen an das Wissenschaftsressort übermittelt. Eine Antwort gebe es nach Ak-

tenlage bis heute nicht. Der SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat gab sich im Vorfeld der Anhörung im Bildungsausschuss selbstkritisch. Die Diskussion um die Reform der Lehrerbildung seien „mehrfach durch neue Eckwerte und Vereinbarungen mit den Hochschulen unnötig belastet worden“, sagte Habersaat. Konstruktive Anregungen werde die Koalition in die Gesetzesvorlage einfließen lassen. Die soll in der am 9. Juli beginnenden Sitzung des Landtags verabschiedet werden. *höv*